

**19
83**

Union in Deutschland

Bonn, den 19. Mai 1983

Aufwärts mit Deutschland

Der Parteitag der Christlich Demokratischen Union am 25./26. Mai 1983 in Köln steht unter dem Motto „Aufwärts mit Deutschland“ und wird zwei Schwerpunkte haben: Die Neuwahl des Bundesvorstandes und die Diskussion über die Jugendarbeitslosigkeit. Zu dem Parteitag werden 781 Delegierte, über 400 Gäste und etwa 800 Journalisten erwartet, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler am Montag, 16. Mai 1983, vor der Presse in Bonn.

An dem Forum „Jugendarbeitslosigkeit“ unter Leitung von Heiner Geißler werden sich nicht nur Delegierte, sondern auch Wissenschaftler und Experten beteiligen, so u. a. ein Vertreter des DGB; der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser; der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Walter Quartier; Prof. Dr. Roland Eckert (Universität Trier); Bildungsminister Frau Dorothea Wilms und Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm.

Der Parteitag wird die Jugendkommission der CDU beauftragen, die Diskussion und die Anträge des Parteitages auszuwerten und einen Bericht vorzulegen, der in den Gliederungen der Partei breit diskutiert werden soll. Danach wird der Bundesausschuß der CDU Ende 1983 ein „Programm zur Bekämpfung der

(Fortsetzung Seite 2)

■ SPD

Der Oppositionspartei fehlt es an Glaubwürdigkeit Seite 3

■ RENTEN

Schlüssel zur Stabilisierung liegt in der Wiederbelebung der Wirtschaft Seite 5

■ SOZIALES

Stärkung der häuslichen Pflege anstelle von Krankenhauseinweisung Seite 7

■ § 218

Verbesserter Schutz des ungeborenen Lebens muß oberstes Ziel sein Seite 8

■ DDR-KONTROLLEN

Erschwernisse im innerdeutschen Grenz- und Reiseverkehr abbauen Seite 11

■ FINANZEN

Haushaltskonsolidierung durch Begrenzung der Ausgaben Seite 15

■ DOKUMENTATION

Unser Wald muß gesund bleiben grüner Teil

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Materialien

rosa Teil

Richard von Weizsäcker und Bernhard Worms kandidieren für das Parteipräsidium

Die Neuwahl des CDU-Präsidiums auf dem 31. Bundesparteitag in Köln wird ohne Kampfabstimmung ablaufen. Wie Generalsekretär Heiner Geißler am Montag vor Journalisten in Bonn erklärte, gibt es mit dem Berliner Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker und dem rheinischen CDU-Vorsitzenden Bernhard Worms nur zwei Neubewerbungen für das Parteipräsidium. Zugleich haben Kurt Biedenkopf und Alfred Dregger auf eine Wiederkandidatur verzichtet. Der hessische CDU-Vorsitzende und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann kandidiert für den Parteivorstand.

(Fortsetzung von Seite 1)

Jugendarbeitslosigkeit" beraten und beschließen.

Jugendarbeitslosigkeit ist für die CDU die zentrale soziale Herausforderung der kommenden Jahre. Wir beginnen deshalb auf dem Kölner Parteitag eine umfassende Diskussion, um möglichst schnell konkrete Lösungsvorschläge zu erarbeiten und durchzusetzen, stellte Heiner Geißler fest. Auf dem Parteitag in Köln werden nicht zuletzt die Erfahrungen des erfolgreichen Wahlkampfes und die politischen Konsequenzen, die wir daraus ziehen, eine besondere Rolle spielen. In dem Bericht über unseren Wahlkampf '83, der den Delegierten vorgelegt wird, sind insbesondere die Punkte genannt, die auch für die künftige Arbeit der CDU als Regierungspartei Richtschnur unseres Handelns sein werden:

— Wahlkämpfe entscheiden sich in der politischen Mitte des Volkes. Die CDU hat die Wahl gewonnen, weil sie als einzige deutsche Volkspartei der Mitte in personaler, politischer und programmatischer Hinsicht glaubwürdig war.

— Die CDU hat einen Wahlkampf der Wahrhaftigkeit geführt. Wir haben vor der Wahl zum Teil unpopuläre Maßnahmen

durchgesetzt und angekündigt. Diese Strategie, ursprünglich in den eigenen Reihen keineswegs unumstritten, war erfolgreich — eine wichtige Erfahrung für die Zukunft.

— Die CDU bestimmte die Themen des Wahlkampfes.

— Die CDU konterte erfolgreich den zentralen SPD-Wahlkampf-Vorwurf der „sozialen Demontage“. CDU und CSU haben ein Wahlprogramm vorgelegt, das bei den notwendigen Einsparungen das Kriterium der sozialen Ausgewogenheit nicht außer acht ließ.

— Die CDU führte einen erfolgreichen Kanzler-Wahlkampf.

— Die CDU war in der Person und in der Sache glaubwürdig.

— Die CDU hatte die bessere Organisation und die bessere Werbung.

Mit dieser Politik und mit diesem Wahlkampf hat die CDU einen großen Wahlsieg errungen. Das Vertrauen der Wähler verpflichtet zu einer Politik für Frieden und Freiheit, zu Abrüstung bei unvermindelter Sicherheit; zu einer Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs und der sozialen Gerechtigkeit.

■ SPD

Der Oppositionspartei fehlt es an Glaubwürdigkeit

Die Oppositionspartei SPD will auf zentralen Feldern deutscher Politik nicht mehr an die Regierungspartei SPD erinnert werden, ja sogar nichts mehr mit ihr zu tun haben, stellt Alfred Dregger fest.

Der Regierungswechsel in Bonn liegt erst sieben Monate zurück. Aber die SPD verhält sich so, als habe der Wechsel schon vor langen Jahren stattgefunden: In der Sicherheitspolitik erweckt die SPD zunehmend den Eindruck, als habe es niemals das klare Bekenntnis einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zum NATO-Doppelbeschuß vom Dezember 1979 gegeben. Und wenn man der Oppositionspartei SPD Glauben schenken soll, so ist die Massenarbeitslosigkeit nicht etwa auf die ruinöse Haushalts- und Schuldenpolitik der Regierung Schmidt zurückzuführen, sondern auf die Weigerung der Regierung Kohl, zur Überwindung der schweren Krise auf dem Arbeitsmarkt ein neues, milliardenschweres staatliches „Beschäftigungsprogramm“ aufzulegen.

Aber die Bürger sind nicht vergeßlich. Deshalb ist der Versuch der Oppositionspartei SPD, in der Haushalts-, Finanz- und Sicherheitspolitik die Regierungspartei SPD zu verleugnen, zum Scheitern verurteilt.

1. In der Arbeitsmarktpolitik wartet die SPD mit genau jenen Rezepten wieder auf, die die Massenarbeitslosigkeit erst hervorgerufen haben. Mit staatlichen „Be-

schäftigungsprogrammen“, die mit noch massiverer Staatsverschuldung und höheren Steuern bezahlt werden müßten, ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht zu gewinnen, sondern nur zu verlieren. Schließlich hat die Regierung Schmidt ungezählte solcher Programme auf den Weg gebracht. Sie haben nicht Nutzen, sondern Schaden gestiftet, weil immer höhere Schulden, immer höhere Zinsen und immer mehr Steuerlasten für Bürger und Betriebe Gift für die Konjunktur sind — und damit auch Gift für den Arbeitsmarkt. Es kommt einer Beleidigung der Bürger gleich, wenn die Oppositionspartei SPD annimmt, die Bürger hätten vergessen, daß die Regierungspartei SPD mit ihren „Beschäftigungsprogrammen“ durchweg Schiffbruch erlitten hat.

2. Die Bürger in unserem Land haben noch im Ohr, mit welcher Entschiedenheit sich der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt stets zum NATO-Doppelbeschuß, der unserem Land Schutz geben soll gegen die sowjetische Raketenbedrohung, geäußert hat. Im Dezember 1981 sagte Schmidt, bei den Genfer Verhandlungen über die atomaren Mittelstreckenraketen müßten „bis Ende des Sommers 1983 konkrete Ergebnisse vorliegen“. Schmidt erinnerte daran, daß die NATO eine „beiderseitige Null-Lösung“ bei den Raketen vorgeschlagen habe und fuhr dann fort: „Wenn jedoch Ende 1983 konkrete Ergebnisse nicht vorliegen sollten, würde die Bundesregierung, würde jede Bundesregierung die im eigenen

deutschen Sicherheitsinteresse und die im gemeinsamen Sicherheitsinteresse des Bündnisses eingegangenen Verpflichtungen aus dem Doppelbeschuß einhalten, das heißt, die Stationierung würde in dem geplanten Umfang erfolgen.“

Heute tut die Oppositionspartei SPD fast so, als sei Schmidt ein Kanzler der CDU/CSU gewesen. Das „eigene deutsche Sicherheitsinteresse“, das Schmidt so eindringlich beschwore, legt die Oppositionspartei SPD heute auf ihre Art aus: Die SPD ist bereit, die Bedrohung unseres Landes durch sowjetische Mittelstreckenraketen einzunehmen, auch wenn es auf der Seite des Westens kein entsprechendes Gengengewicht gibt.

Der Wandel in der SPD hat sich in bestürzender Schnelligkeit vollzogen. Die Öffnung nach links ist unübersehbar. Auf fatale Art ist während der Debatte über die Regierungserklärung immer wieder deutlich geworden, wie wenig sich in zentralen Fragen deutscher Politik die Positionen der SPD und der „Grünen“ voneinander unterscheiden. Eine Partei aber, die heute für das, was sie noch vor wenigen Monaten als Regierungspartei vertreten und verteidigt hat, nicht mehr verantwortlich gemacht werden will, muß sich gefallen lassen, daß man sie nach ihrer Glaubwürdigkeit fragt.



Die absurde Idee des saarländischen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine, die deutschen Gewerkschaften zum Generalstreik gegen eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zu bewegen, ist auf den entschiedenen Widerstand führender Gewerkschafter gestoßen. Lafontaine, dessen Kampagnen gegen den NATO-Doppelbeschuß und seine möglichen Konsequenzen immer groteskere Formen annehmen, hatte seine Generalstreikforde-

itung auf der linken Konferenz europäischer atomarer Abrüstung in Berlin erhoben. Zwar ließen der stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau und auch der Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokraten, Peter Glotz, inzwischen wissen, daß man die Überlegungen Lafontaines nicht teile. Von einer entschiedenen Absage des Parteivorsitzenden Willy Brandt oder des Bonner Fraktionschefs Hans-Jochen Vogel war indes bislang noch nichts zu hören.

Eine Mobilisierung der Betriebe würde dem System der repräsentativen Demokratie, das ausschließlich den demokratisch legitimierten Verfassungsorganen die politische Entscheidungskompetenz zuweist, schweren Schaden zufügen. Eine Regierung und ein Parlament, die sich durch die Anmaßung selbsternannter „Hüter der Verfassung“ unter Druck setzen ließen, würden unweigerlich zum Spielball radikaler Minderheiten degenerieren. Wer, wie Lafontaine, ein Widerstandsrecht gegen politische Entscheidungen demokratisch legitimierter Regierungen und Parlamente propagiert, legt die Axt an die Wurzel unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates.

Es ist bestürzend, wie bedenkenlos sich ein führender Repräsentant der SPD von dem demokratischen Grundkonsens aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes, einschließlich der Gewerkschaften, entfernt. SPD-Führer vom Schlag Lafontaines haben sich offenbar bereits so weit von der Lebens- und Denkungsweise der Arbeitnehmer entfernt, daß sie ihnen mit einem solchen Generalstreikansinnen überhaupt kommen könnten. Wenn die Lafontaines in der SPD weiterhin das Wort führen können, ohne sofort parteiamtlich zur Ordnung gerufen zu werden, braucht sich über weitere sozialdemokratische Verluste in der Arbeitnehmerschaft niemand zu wundern.

■ RENTEN

Schlüssel zur Stabilisierung liegt in der Wiederbelebung der Wirtschaft

Eine Verschiebung der Rentenpassung 1984 werde nicht notwendig sein, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler auf einer Pressekonferenz in Bonn, da Arbeitsminister Norbert Blüm eine überzeugende Alternative vorlegen werde. Heiner Geißler nahm damit zu einem Antrag der Sozialausschüsse Stellung, in dem die Delegierten des Kölner Parteitags aufgefordert werden, eine Verschiebung der für den 1. Juli 1984 vorgesehenen Rentenpassung abzulehnen.

In einem Interview mit dem Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland erklärte Norbert Blüm zu dem gleichen Thema: Ich möchte klarstellen: Keine Rente wurde gekürzt. Dabei soll es auch in Zukunft bleiben. Wer Beiträge für seine Rente bezahlt, darf die Rente nicht gekürzt werden. Sie ist schließlich kein Almosen. Richtig ist, daß im Jahr 1984 die Einnahmen der Rentenversicherung wahrscheinlich um rund 6 Milliarden DM niedriger sein werden als die Ausgaben. Hier muß ein Ausgleich geschaffen werden, da die Schwankungsreserve, die 1972 noch über 9 Monatsausgaben betragen hat, unter der Verantwortung meiner Vorgänger weitgehend abgebaut wurde. Die Koalitionsbeschlüsse sehen ausreichende Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmen bzw. Verminderung der Ausgaben vor. Ich halte daher eine weitere Verschiebung der Rentenpassung weder für zwingend erforderlich noch für sozialpolitisch angemessen und werde dem Kabinett vor-

schlagen, daß die Renten zum 1. Juli 1984 angepaßt werden.

ash: In diesem Jahr muß der Rentner ein Prozent Krankenversicherungsbeitrag leisten. Im kommenden Jahr werden zwei weitere Prozent gefordert. Gibt es für diese Krankenversicherungsbeiträge sachliche Begründungen, oder geht es dabei allein um Sparen?

Blüm: Die Rentenversicherung hat im vergangenen Jahr an die Rentner 128 Milliarden DM als Renten ausgezahlt und für den Krankenversicherungsschutz der Rentner weitere 13 Milliarden DM aufgewendet. Erst durch die stufenweise Beteiligung an den Beiträgen für die Krankenversicherung wird den meisten Rentnern klar werden, daß die Rentenversicherung zu ihrer Rente noch zusätzliche Leistungen erbringt. Dabei decken diese Leistungen noch nicht einmal die Hälfte der Kosten der Krankenversicherung der Rentner. Bereits aus diesen Gründen halte ich die Beteiligung der Rentner an den Krankenversicherungsbeiträgen für sachgerechter.

Die CDU/CSU hatte eine solche Beteiligung in den Jahren 1968 und 1969 bereits einmal durchgesetzt. Wäre das von der alten Koalition nicht in Spendierlaune wieder rückgängig gemacht worden, hätten wir viele der heutigen Probleme nicht. Durch die Beteiligung der Rentner an den Krankenversicherungsbeiträgen wird im übrigen heute und in den Folgejahren auch erreicht, daß die Renten nicht stärker steigen als die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer. Über diesen wichtigen Grundsatz gegenwärtiger und künftiger Rentenpolitik besteht inzwischen ein

breiter Konsens unter den Sozialpolitikern.

asb: In den kommenden Monaten sollen Sie ein Konzept entwickeln, das die Rentenversicherung wieder auf ein solides Fundament stellt, sie unabhängiger macht von den Wechselfällen der Konjunktur. Wie könnte dieses Konzept aussehen?

Blüm: Der Schlüssel für eine Stabilisierung des gesamten Systems der sozialen Sicherung liegt in einer dauerhaften Wiederbelebung der Wirtschaft. Letztendlich müssen es doch gerade die „kleinen Leute“ büßen, wenn die Wirtschaft durch eine unvernünftige Politik der Überforderung ins Schleudern gekommen ist. Eine dauerhafte Stabilisierung der Finanzen der Rentenversicherung erfordert es, daß sie erst wieder einmal eine größere Schwankungsreserve aufbaut. Durch die Wiederbelebung der Wirtschaft werden die Beitragsannahmen auch wieder steigen. Darüber hinaus ist bereits festgelegt, daß in dieser Legislaturperiode der Bundeszuschuß entsprechend der Lohnentwicklung steigt und nicht gekürzt wird. Weiter wird die Rentenanpassung ab 1984 aktualisiert. Das bedeutet, daß die jeweilige Rentenanpassung sich nicht mehr nach der Lohnentwicklung der vorausgegangenen dreieinhalb Jahre richtet, sondern nach der aktuellen Lohnentwicklung des Vorjahres. Wenn Sie noch die bereits oben erwähnte gleichgewichtige Entwicklung der Renten und verfügbaren Arbeitnehmereinkommen einbeziehen, haben Sie schon ganz wesentliche Elemente für eine künftig stabilere und unabhängiger Rentenversicherung.

asb: Im Jahr 1984 müßte auch die Hinterbliebenenversorgung grundsätzlich neu geregelt werden. Kommt dann etwa eine Witwerrente? Welche Lösung ist realistischerweise zu erwarten?

Blüm: Wir werden die Hinterbliebenenversorgung in der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechend dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1975 neu ordnen. Aus finanziellen

Gründen wird hierbei zunächst nur eine begrenzte Neuregelung in Betracht kommen, die eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der Hinterbliebenenversorgung gewährleistet. Wie diese im einzelnen ausgestaltet sein wird, steht noch nicht fest. Es bleibt aber auch weiterhin mein Ziel, neben einer grundlegenden Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung auch eine soziale Sicherung der Frau zu schaffen, die vom Leitbild der Partnerschaft zwischen Mann und Frau ausgeht und die rentenrechtliche Anerkennung von Erziehungszeiten enthält. Diese Reform kann aber erst nach der notwendigen finanziellen Konsolidierung der Rentenversicherung und des Bundeshaushalts realisiert werden.

asb: Die Probleme der Rentenversicherung ergeben sich hauptsächlich aus der Wirtschaftsflaute. Sie brachte auch einen bedenklichen Anstieg der Arbeitslosigkeit mit sich. Die Bekämpfung der Beschäftigungskrise hat Vorrang. Was hält die Bundesregierung in diesem Zusammenhang von einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit, also einem früheren Rentenalter?

Blüm: Eine Entlastung des Arbeitsmarktes kann durch eine bessere Verteilung der Arbeit im Wege von Arbeitszeitverkürzungen erreicht werden. Wir werden den Tarifvertragsparteien einen Vorschlag zur flexiblen Gestaltung der Lebensarbeitszeit in Form einer tarifvertraglich abgesicherten Vorruhestandsregelung unterbreiten. Solche Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien sind ohne zusätzliche Belastung der Gesamtwirtschaft möglich und notwendig. Die neueste Tarifvereinbarung in der chemischen Industrie ist hierzu ein konstruktiver Beitrag. Eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit über eine weitere Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze in der Rentenversicherung kommt nicht in Betracht, da die Rentenversicherung die sich hieraus ergebenden Kosten auch bei versicherungsmathematischen Abschlägen nicht finanzieren könnte.

■ SOZIALES

Verstärkung der häuslichen Pflege anstelle von Krankenhaus-Einweisung

Einer dringenden Lösung bedarf die Frage nach der Absicherung des Pflegefall-Risikos bei älteren Mitbürgern. Hatte die CDU in ihrem Grundsatzprogramm von 1978 festgelegt: „Eine Gesellschaft ist nur dann human, wenn sie allen älteren Mitbürgern ein gesichertes und sinnerfülltes Leben in einem der Menschenwürde entsprechenden Rahmen ermöglicht“, so wurde diese Aussage in den Koalitionsverhandlungen bei der Regierungsbildung im Herbst 1982 eingebbracht. Dort wurde vereinbart: „Die Absicherung des Pflegefall-Risikos und die Verstärkung der häuslichen Pflege anstelle von Krankenhaus-Einweisungen ist langfristig anzustreben.“

Der 10. Deutsche Bundestag wird sich nunmehr um die Schließung der angeblichen Lücke im System der sozialen Sicherung bemühen müssen, stellt MdB Gerhard Braun, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest. Ausgehend von der Tatsache, daß gerade die ältere Generation Krieg und Hunger und zweimal eine Währungsreform erlebt hat, ist sie heute, nach einem entbehrungsreichen Leben, oft genug erstmals frei von finanziellen Sorgen. Das allerdings trifft nur zu, solange die Rentner sich guter Gesundheit erfreuen. Wird der Rentner aber pflegebedürftig, dann kommt zu diesem Leid finanzielle Belastung, die selbst eine gute Rente übersteigt. Der Rentner wird zum Sozialhilfeempfänger; und, sofern Vermögen vorhanden ist, muß auch die-

ses zur Finanzierung der Pflege in einem Heim eingesetzt werden. Die Kosten der Heimunterbringung muß die Sozialhilfe tragen, wenn kein Vermögen vorhanden ist und die Rente die Unkosten nicht deckt. Eine andere Lösung gibt es heute nicht.

Für das wachsende Risiko der Pflegebedürftigkeit im Alter gibt es derzeit keine Möglichkeit der finanziellen Vorsorge. Im Januar dieses Jahres haben die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und die Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege unter Federführung des Deutschen Städtetages an Bund und Länder appelliert, möglichst bald die Initiative für eine gesetzliche Regelung der Absicherung des Pflegefall-Risikos zu ergreifen. Die Verbände sprechen sich für eine obligatorische Pflegeversicherung mit organisatorischer Anbindung an die gesetzliche Krankenversicherung aus. Aus dieser Versicherung sollen die Kosten der Pflege alter Menschen im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich finanziert werden. Dieser Vorschlag muß auf seine Realisierungschancen intensiv geprüft werden. Als Alternative wäre denkbar, daß die private Versicherungswirtschaft Möglichkeiten einer Vorsorge für den einzelnen anbietet. Entscheidend wird sein, die notwendigen Maßnahmen so zu gestalten, daß der bisher hohe Anteil der Pflege im offenen Bereich erhalten oder sogar gestärkt wird. Eine Schwerpunktverlagerung zur stationären Hilfe sollte in jedem Fall vorrangig unter humanen Gesichtspunkten, aber auch aus Kostengründen, vermieden werden.

■ PARAGRAPH 218

Ein verbesserter Schutz des ungeborenen Lebens muß oberstes Ziel sein

**Zu der wieder aufgeflammt Dis-
kussion über die Problematik des re-
formierten § 218 und der Finanzie-
rung von sozial indizierten Schwang-
erschaftsabbrüchen durch die
Krankenkassen erklärt der stellver-
tretende Vorsitzende der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion, MdB Adolf Müll-
er (Remscheid):**

Zahlreiche Christen, Katholiken und Protestanten, befinden sich aufgrund der geltenden Finanzierungsregelung gemäß § 200 f RVO bei legalen Schwangerschaftsabbrüchen in einem schweren Gewissenskonflikt. Sie wissen, daß sie mit ihren Pflichtbeiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung Handlungen finanzieren, die nach ihrem Wertebewußtsein als Tötung ungeborenen menschlichen Lebens einen schwerwiegenden Verstoß gegen göttliches Naturrecht darstellen. Stellvertretend für diese derart betroffenen Mitmenschen hat eine Bürgerin die geltende Finanzierungsregelung der Reichsversicherungsordnung vor dem Sozialgericht Dortmund angefochten. Das Gericht ist mit der Klägerin der Auffassung, daß § 200 f RVO gegen das Grundgesetz verstößt. Mit einem Vorlagebeschuß hat es das Bundesverfassungsgericht um eine verbindliche Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit der angefochtenen Finanzierungsregelung gebeten.

Der Anteil der mit einer Notlage begründeten Fälle an der Gesamtzahl der gemel-

deten Schwangerschaftsabbrüche liegt derzeit bei fast 80 %. Diese Zahl legt den Verdacht nahe, daß sich eine dem Wortlaut und Sinn der Norm nicht gerecht werdende Auslegung der Indikationenregelung mit der oberflächlichen Feststellung objektiver oder nur subjektiv empfundener Schwierigkeiten begnügt. Die gesetzlich vorgeschriebene wertende Auseinandersetzung mit den Auswirkungen dieser Verhältnisse auf die davon betroffene Frau unterbleibt im Regelfall.

Man kann davon ausgehen, daß das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber ebenso wie den verantwortlichen Regelungen in Bund und Ländern Hinweise geben wird, wie sie der bedenklichen Praxis der leichtfertigen oder gar mißbräuchlichen Inanspruchnahme der Notlagenindikation wirksamer begegnen können.

Wenn das 1975 in Kraft getretene Gesetz in der Praxis so korrekt angewendet würde, wie es der Gesetzgeber seinerzeit erwartet hat, wäre den jetzt geltend gemachten Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit der Finanzierungsregelung die rechtstatsächliche Grundlage entzogen.

Unabhängig vom Ausgang dieses Rechtsstreits kommt für die CDU/CSU eine isolierte Neuregelung der §§ 218 ff. StGB mit dem Ziel einer gesetzlichen Einschränkung insbesondere der Notlagenindikation nicht in Betracht. Nach allen vorliegenden Erfahrungen wäre zu befürchten, daß bei einem gleichbleibend hohen Stand der tatsächlichen Schwangerschaftsabbrüche die Zahl der kriminellen Aborte mit allen damit für die betroffenen Frauen einhergehenden gesundheitlichen und sozialen Risiken wieder ansteigen würde. Der Gesetzgeber hätte dann nur an den Symptomen kuriert. Die eigentliche Wurzel des Übels, nämlich die gesellschaftlichen Ursachen für die Notlage schwangerer Frauen, hätte er jedoch unverändert gelassen. Ein verbesserter Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens ist jedoch die oberste Richtschnur des politischen Handelns der CDU/CSU.

■ INFORMATION

Roboterbau sichert Arbeitsplätze

Die Bundesrepublik muß neue Computer-technologien bauen, die deutsche Industrie durch eine „Offensive“ neue Märkte öffnen. Das hat Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber verlangt.

Beispielsweise sei der immer stärkere Einsatz von Robotern in der Produktion nicht zu umgehen. Das muß für uns bedeuten: „Wer den Roboter einsetzt, muß ihn auch selber bauen können. Sonst werden Roboter aus anderen Ländern importiert. Sonst schaffen wir Arbeitsplätze in Tokio und nicht in Braunschweig.“

Riesenhuber lobte „die kluge Weise, mit der die Gewerkschaften sich des Themas annehmen“. Sie würden klar erkennen, daß durch Roboter und Computer auch schwierige, die Gesundheit schädigende Arbeitsplätze ersetzt werden könnten. Außerdem gebe es viele Beispiele, daß moderne Computertechnologie Arbeitsplätze sichere.

Der Bundesforschungsminister betonte in dem Gespräch, er erkenne die Spitzenleistungen deutscher Hochschulforschung auf vielen Gebieten an. Allerdings sei es in vielen Fällen passiert, daß in der Bundesrepublik hervorragende Forschungsergebnisse erzielt würden, die Umsetzung dieser Ergebnisse allerdings im Ausland erfolge. „Wir brauchen deshalb eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Universitätsforschung und der Industrie.“ Außerdem gebe es an den Hochschulen, aber auch in der Wissenschaft allgemein ein zu hohes Maß an Bürokratie. „Die Belastung durch beratende Arbeit in verschiedenen Gremien ist für viele Wissenschaftler zu groß, so daß sie nicht in Ruhe nachdenken können.“

CDU faßt für Landtagswahlen 1985 eine Koalition mit der FDP ins Auge

Für den Fall, daß die CDU bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 1985 nicht die absolute Mehrheit erreichen sollten, strebt der neue Spitzenkandidat der Union, der rheinische Landesvorsitzende Bernhard Worms, eine Koalition mit der FDP an. Das erklärte Worms in einem Gespräch mit der „Westfälischen Rundschau“, Dortmund.

Koalitionen, sagte Worms, würden faktisch im Vorfeld von Wahlen geschlossen. „Von dort her werde ich mich bemühen, daß wir auf der einen Seite aus eigener Kraft gewinnen, auf der anderen Seite aber, nämlich wenn wir das nicht schaffen, eine Koalition möglich machen.“

Nach Lage der Dinge bestehe in Nordrhein-Westfalen keine Notwendigkeit für eine große Koalition mit der SPD. „Und da ich eine Koalition der CDU mit den Grünen von vornherein ausschließe, gibt es nur die Frage einer Koalition mit der FDP. Dort sehe ich mein Arbeitsfeld.“ Er gehe dies allerdings auch ganz beruhigt an. „Denn ich kann auf jahrelange, gute Kontakte zur FDP zurückgreifen.“

Bundesgrenzschutz unterstützt Zoll bei der Rauschgiftbekämpfung

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann haben vereinbart, Aufgaben des Zolls zur Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels auch von Beamten des Bundesgrenzschutzes wahrnehmen zu lassen. Die Vereinbarung beruht auf dem seit 1. Januar 1982 in Kraft getretenen neuen Betäubungsmittelgesetz. Die Vereinbarung dient der Intensivierung der Bekämp-

fung des Rauschgiftschmuggels an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland. Beide Minister haben sich dabei von der Erwägung leiten lassen, alle in der Grenzüberwachung eingesetzten Kräfte in die Rauschgiftbekämpfung einzubeziehen. Sie sind der Überzeugung, daß mit dieser Maßnahme ein weiterer wirkungsvoller Beitrag zur Eindämmung des illegalen Rauschgifthandels geleistet wird.

Fraktionsgeschäftsführer im Europarat

Der CDU-Abgeordnete Claus Jäger aus Wangen im Allgäu/Baden-Württemberg ist von der christlich-demokratischen Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg zum Generalsekretär (in Deutschland: Fraktionsgeschäftsführer) gewählt worden und ist somit nicht, wie irrtümlich in der Überschrift der entsprechenden Meldung in der UiD-Nr. 18 auf Seite 10 formuliert wurde, Geschäftsführer des Europaparlamentes.

Beteiligung der Arbeitnehmer bei der Einführung neuer Technologien

Die Einführung neuer Technologien erfordere eine rechtzeitige und möglichst weitgehende Beteiligung der Arbeitnehmer, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, in Paris. Er sprach vor der Konferenz des Europäischen Gewerkschaftsbundes über die neuen Technologien und die Arbeitsbedingungen. Vogt machte deutlich, daß es zu den neuen Technologien keine Alternative gebe. „Ein Ausstieg aus der Industriegesellschaft ist nicht möglich.“

Es gelte, sie in den Dienst der Menschen zu stellen, um das in ihnen enthaltene Po-

tential auszuschöpfen für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, für die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Das werde aber nur gelingen, wenn die Menschen, die die neuen Technologien am Arbeitsplatz anwenden sollen, ihnen nicht mit Ablehnung, Angst oder Vorbehalten begegnen. „Die Akzeptanz neuer Technologien in der Arbeitnehmerschaft erfordert einen breiten Konsens. Die Betroffenen müssen Beteiligt werden.“

Schetter wiedergewählt

Die 9. Ordentliche Generalversammlung des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands — CGD — hat den bisherigen Vorsitzenden, Martin Schetter, für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt. Schetter (59) ist zugleich Vorsitzender des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands — CMV — und stellvertretender Bundesvorsitzender des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands — CGB. Zu seinen Stellvertretern wählten die Delegierten Franz Breuer und Werner Paulsen.

Stadtrat tritt aus SPD aus

Nach fast 20jähriger Parteizugehörigkeit ist, wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete, der Ansbacher Stadtrat Rudolf Hauprecht aus der SPD ausgetreten. Er will im Stadtrat als parteiloser Kandidat weitermachen. Seinen Schritt begründete er mit den zunehmenden marxistischen Tendenzen in der SPD. Die Übereinstimmung von Jungsozialisten und „Grünen“, die sich gemeinsam gegen das bestehende Wirtschaftssystem ausgesprochen haben, sowie die „Schaukelhaltung“ der SPD in der Atomfrage hätten den Ausschlag für den Austritt gegeben.

■ DDR-KONTROLLEN

Erschwernisse im innerdeutschen Grenz- und Reiseverkehr abbauen

Über Praxis und Methode von Kontrollen der DDR-Grenzorgane im innerdeutschen Reiseverkehr hat jetzt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, MdB Ottfried Hennig, Auskunft gegeben. Er beantwortete damit Fragen von MdB Horst Schröder, der u. a. wissen wollte, welche Formen und Methoden von Kontrollen der DDR-Grenzorgane sich von den üblichen Grenzkontrollen britischer Organe unterscheiden.

Der Reisende, der besuchsweise in die DDR fährt, braucht einen gültigen Reisepass sowie einen Berechtigungsschein für ein Einreisevisum. Am DDR-Grenzübergang werden zunächst diese Papiere von Angehörigen der Paß- und Kontrollinheiten in der Uniform der Grenztruppen genau geprüft. Ausnahmen von der Paßkontrolle gibt es nicht. Das Einreisevisum kostet 15 DM. Danach erfolgt die Zollkontrolle des einzelnen Reisenden. Sie ist nach Dauer und Intensität unterschiedlich. Die Einfuhr bestimmter Waren in die DDR ist verboten. Andere Waren dürfen nach der Entrichtung von Genehmigungsgebühren eingeführt werden, wenn die Geschenkfregengrenzen von 1000 Mark der DDR pro Person bei Reisen von 5 Tagen oder länger, bei kürzeren Reisen von 200 Mark der DDR je Aufenthaltstag überschritten sind. Jeder Reisende muß damit rechnen, daß sein Gepäck genau durchgesehen wird. Bei Autofahrten wird der Tank mit Sonden

kontrolliert und die hintere Sitzbank angehoben, um eventuell verborgene Gegenstände zu entdecken.

Im Einzelfall sind schärfere Kontrollen, auch Leibesvisitationen, möglich, wenn der Verdacht auftaucht, daß der Reisende bestimmte Gegenstände, z. B. Zeitungen und Zeitschriften, entgegen den DDR-Bestimmungen einführen wollte. Die Einreisekontrollen dauern in der Regel 20 Minuten bis eine Stunde, in Ausnahmefällen länger. Bei der Ausreise erfolgt zuerst eine Vorkontrolle des Reisepasses beim Passieren der Sperrzone in Grenznähe.

Am Grenzübergang erfolgt die Zollkontrolle in gleicher Weise wie bei der Einreise. Es wird jetzt besonders auf Waren geachtet, die aus der DDR nicht ausgeführt werden dürfen, z. B. Fleischwaren, Schuhe, Briefmarken- und Münzsammlungen und Antiquitäten. Verstöße gegen die Ausfuhrbestimmungen können mit hohen Geldstrafen belegt werden und sind, gemessen an den Maßstäben, die in der Bundesrepublik Deutschland gelten, oft außerordentlich hart. Bei Autos wird der Unterboden gespiegelt, um mögliche Flüchtlingsverstecke zu entdecken.

Abschließend erfolgt wieder eine genaue Paßkontrolle. Danach wird die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland freigegeben. Jeder Reisende, der in die DDR fährt, empfindet besonders die unfreundliche und gespannte Atmosphäre als belastend, die dort während der Kontrollprozeduren entsteht und oft von den Kontrolleuren bewußt erzeugt wird. Dieser Atmosphäre kann sich auch derjenige nicht entziehen, der die DDR-Bestimmungen genau kennt

und weiß, daß er nicht gegen sie verstößen hat.

Im übrigen werden von vielen Reisenden besonders die Zollkontrollen als kleinlich empfunden. Sie sind es oft auch dann, wenn man die DDR-Bestimmungen in Rechnung stellt. Die Bundesregierung wird sich weiterhin darum bemühen, daß die DDR-Regierung geeignete Maßnahmen ergreift, damit den Reisenden Verängstigung und Einschüchterung während der Kontrollen erspart bleiben.

Deutsche aus der DDR benötigen keine behördliche Genehmigung aus der Bundesrepublik Deutschland für die Ein- und Ausreise. Folglich entfallen auch Visabücher. Angehörige von mehr als 75 Staaten können als Besucher für drei Monate ohne Visum in die Bundesrepublik einreisen. An den Grenzübergängen der Bundesrepublik Deutschland stehen Paßkontrollen im Ermessen der Kontrolleure. Die

Reisenden können oft ohne Paßkontrolle ein- oder ausreisen. Eine Sperrzone in Grenznähe wie in der DDR gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Folglich gibt es auch keine Vorkontrolle der Pässe in Grenznähe. Von Zollkontrollstellen bei der Ein- und Ausreise kann ebenfalls abgesehen werden. Das geschieht in der Praxis häufig.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland können Zollkontrollen langwierig, gründlich und scharf sein. In der Praxis geschieht das bei besonderen Verdachtsmomenten, z. B. in bezug auf Rauschgiftschmuggel. Auf die meisten Reisenden wirken sich scharfe Kontrollen nicht aus. Der Anreiz, bei der Einreise in die Bundesrepublik übliche Waren unter Umgehung der Zollbestimmungen einzuführen, ist geringer als bei Reisen in die DDR. Die Zollbestimmungen sind nicht so scharf wie in der DDR.

Todesfälle im Bereich der Grenzübergänge

Die Fragen des Abgeordneten Eduard Lintner (CSU):

- Sind der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren Todesfälle von Transreisenden oder Besuchern in der DDR oder in Ost-Berlin während Kontrollen oder Verhören durch DDR-Organe bekanntgeworden?
- Wenn ja, welche, und welche Begründung — im Einzelfall — haben die DDR-Behörden wegen der Todesursache angegeben?
- Wie hat die Bundesregierung ihrerseits darauf reagiert?

beantwortete Staatssekretär Hennig wie folgt:

Die Regierung der DDR hat gemäß Artikel 3 Absatz 3 des Gesundheitsabkommens folgende Todesfälle „an der Grenzübergangsstelle“ oder „im Bereich des Grenzübergangs“ mitgeteilt:

1978 zwölf, 1979 fünf, 1980 zehn, 1981 sieben, 1982 null.

Als Todesursache wurden jeweils Herzversagen, Herzinfarkt oder vergleichbare Herzerkrankungen genannt.

Der Bundesregierung lagen weder von der DDR noch von Angehörigen der Verstorbenen, noch durch sonstige Umstände Hinweise darauf vor, daß die Todesfälle während Kontrollen oder Verhören eingetreten sind. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, daß die durch Kontrollmaßnahmen an der Grenze ausgelöste psychische Belastung im Einzelfall zu gesundheitlichen Gefährdungen geführt hat. Die Bundesregierung hat deshalb in der Vergangenheit wiederholt auf die mit der Grenzabfertigung verbundenen Erschwerisse für die Reisenden hingewiesen und von der DDR den Abbau von Belastungen im innerdeutschen Reiseverkehr und im Transitverkehr nach und von Berlin (West) verlangt. Sie wird diese Bemühungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln fortsetzen.

■ OMV BUNDESKONFERENZ

Das Bewußtsein der Einheit Deutschlands weiter wachhalten

An die am 6. und 7. Mai 1983 stattgefundenen Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU-Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — richtete der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl ein Grußwort, in dem es u. a. heißt: „Die deutsche Nation besteht fort. Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und für das Ende der Teilung Europas. In diesem Rahmen werden wir alles tun, um in Frieden die deutsche Einheit zu erstreben und zu vollenden. Dies ist einer der Leitsätze, unter die ich die Arbeit meiner Regierung gestellt habe.“

Durch Deutschland verläuft eine gefährliche Grenze, die Deutsche, Europäer, Ost und West trennt. Wir können uns nicht damit abfinden, daß an dieser Linie das Selbstbestimmungsrecht aufhören soll.

Solange Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und Schikanen existieren, gibt es keine Normalität. Wir schweigen nicht, wenn Menschenrechte verletzt werden. Aber im Interesse der Menschen im geteilten Deutschland werden wir beharrlich praktische Fortschritte auf der Basis von Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung anstreben.

MdB Herbert Hupka, der Vorsitzende der Vereinigung, konnte als ersten Gastredner den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, MdB Alfred Dregger, begrüßen, der die aktuellen Fragen der Deutschlandpolitik in den Mittelpunkt sei-

ner Ausführungen stellte und dabei auf die harten Auseinandersetzungen mit den Gegnern des NATO-Doppelbeschlusses hinwies.

Der Tagungspräsident, MdL Rudolf Friedrich, gab dann als nächstem Redner dem rheinischen CDU-Vorsitzenden Bernhard Worms das Wort. Dieser hob die Bedeutung der Vereinigung in den deutschlandpolitischen Diskussionen innerhalb der Unionsparteien hervor und betonte, daß der 30. Jahrestag des 17. Juni in angemessener Form zu begehen sei. Weiter sagte er u. a.: „Unser Dank und unsere Anerkennung gilt Ihren fortdauernden Bemühungen, das Bewußtsein der deutschen Einheit lebendig zu halten und an die nachwachsenden Generationen weiter zu vermitteln. Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes mag manchem überholt und altmodisch erscheinen. Um es noch deutlicher zu sagen: Manche Bürger sind so satt und zufrieden geworden, daß sie diese große Perspektive aus ihrem persönlichen Erwartungshorizont ausgeklammert haben. Erstaunlicherweise beginnt sich aber gerade in der jungen Generation, der wir oft so wenig Idealismus zutrauen, wieder eine neue Suche nach nationaler Identität bemerkbar zu machen. Diese Suche nach nationaler Identität muß alle diejenigen von uns Älteren beschämen, die den Gedanken und die Perspektive der Einheit der Deutschen kleinmütig preisgegeben haben.“

Mit großem Beifall begrüßte die Versammlung den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen. Herbert Hupka konnte seinem schlesischen Landsmann sagen, daß die Dele-

giertentagung beschlossen habe, Heinrich Windelen für die Wahl in den Bundesvorstand der CDU auf dem bevorstehenden Kölner Bundesparteitag vorzuschlagen. Heinrich Windelen führte in seiner Grundsatzrede zum Thema „Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes“ u. a. aus: „Man sagt uns immer wieder, daß unser Ruf nach Einheit, Recht und Freiheit für alle Deutschen von den Völkern des Ostens als Verunsicherung und Drohung empfunden würde, daß wir mit diesen Forderungen die Entspannung gefährdeten. Ich kann diese Auffassung nicht teilen. Wir fordern Menschen- und Freiheitsrechte ja nicht nur für uns, sondern für alle Menschen auf der Welt. Der Ruf nach Freiheit kann doch nur von dem als Drohung empfunden werden, der die Freiheit unterdrückt. Wenn die Freiheit aber wirklich unteilbar ist, wie wir auf Festreden immer hören, dann muß sie doch für alle Menschen gelten — auch für unsere Landsleute jenseits von Elbe und Werra und auch für die Hunderttausende, die als Deutsche immer noch in Rußland, Siebenbürgen oder im polnischen Machtbereich leben, und die Anspruch auf unsere Solidarität haben.“

Auch nach allen Erschwernissen, die durch die Vertragspolitik der letzten 13 Jahre eingetreten sein mögen, sind wir — dank unserer Wachsamkeit in der Opposition und dank der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes — handlungsfähig geblieben. Nun kommt es entscheidend darauf an, ob wir den verbliebenen Spielraum auch nutzen wollen. Das ist weniger eine Rechtsfrage als eine Frage des politischen Willens und des langen Atems.“

MdB Herbert Hupka stellte in seinem Rechenschaftsbericht die Aufgaben seiner Vereinigung im einzelnen dar. Zum Schluß seiner Rede, die im vollen Wortlaut von der Geschäftsstelle der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (Bonn, Konrad-Adenauer-Haus) angefordert werden kann, sagte Herbert Hupka:

„Wir wollen bewahren: das Erbe, politisch

und kulturell, das Erbe heißt Deutschland. Wir seine Geschichte und seine Existenz. Wir wollen behaupten: das Selbstbestimmungsrecht und den Wiedervereinigungswillen des deutschen Volkes. Die Teilung darf nicht das letzte Wort über Deutschland sein. Wer auf Gewalt verzichtet hat, darf nicht zusätzlich gezwungen werden, fremde Gewalt anzuerkennen.“

Der designierte neue Vorsitzende des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, MdB Gerhard Redemann, der zum Abschluß einer lebhaft verlaufenen Diskussion das Wort nahm, behandelte aktuelle Fragen der Deutschlandpolitik. Dabei wies er u. a. auf die Notwendigkeit einer beharrlichen Politik mit den Machthabern der DDR hin. Es gelte trotz aller Schwierigkeiten in der Frage des Reiseverkehrs und des Zwangsumtausches im Interesse der Menschen im mehrfach geteilten Deutschland voranzukommen.

Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Eduard Lintner, referierte und diskutierte mit den Teilnehmern der Delegiertentagung ausführlich und wurde als führender CSU-Deutschlandpolitiker herzlich begrüßt. Die Neuwahlen zum Vorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU bestätigten Herbert Hupka mit 105 Stimmen von 106 abgegebenen Stimmen. Dies ist ein hervorragender Vertrauensbeweis für die bisherige sechsjährige Arbeit des Vorsitzenden.

Stellvertretende Vorsitzende wurden: Frau Ursula Besser, MdA, Rudolf Friedrich, MdL, Helmut Sauer, MdB, Fritz Wittmann, MdB, Schatzmeister: Otto Frhr. von Fircks, Beisitzer: Hans-Erich Frhr. von Bordenhausen, Herbert Czaja, MdB, Gerhard Dewitz, Hartmut Gassner, Bernhard Jagoda, MdB, Sieghard Rost, MdL, Dieter Schwarz, Erich Weidlich.

Zum Hauptgeschäftsführer wurde Gerold Rummler wiedergewählt. Als Rechnungsprüfer bestimmten die Delegierten: Horst Leichtenberger und Hellmut Schneider.

■ FINANZPLANUNGSRAT

Haushaltskonsolidierung durch Begrenzung der Ausgaben

Der Finanzplanungsrat trat am 28. April 1983 unter Vorsitz des Bundesministers der Finanzen, Gerhard Stoltenberg, und unter Teilnahme des Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, Helmut Schlesinger, zu seiner 50. Sitzung zusammen.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Haushaltsabschlüsse 1982, die Haushaltsentwicklung 1983 vor dem Hintergrund der aktuellen konjunkturellen Lage sowie die erste Beratung vorläufiger volks- und finanzwirtschaftlicher Annahmen für die Aufstellung der Haushaltswürfe 1984 und für die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzpläne bis 1987.

Die Mitglieder des Finanzplanungsrates stellten fest, daß im Jahr 1982 Bund, Länder und Gemeinden in ihrem Verantwortungsbereich eine Reihe von weiteren finanzpolitischen Entscheidungen mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung getroffen haben.

Die Fortführung des eingeschlagenen finanzpolitischen Kurses sei zur Festigung des Vertrauens in das finanzpolitische Verhalten der öffentlichen Hand von vorrangiger Bedeutung. Die Haushalte 1983 von Bund, Ländern und Gemeinden würden dieser Linie insgesamt gesehen gerecht. Etwaige konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen (netto) sollten dringlich zur Verminderung des Kreditbedarfs verwendet werden.

Die Mitglieder des Finanzplanungsrates waren übereinstimmend der Auffassung,

dab die Finanzpolitik in den nächsten Jahren nachhaltig dazu beitragen müsse, die Wachstumskräfte weiter zu stärken und die Arbeitsmarktlage schrittweise zu verbessern. Dazu sei es notwendig, die Haushaltskonsolidierung entsprechend der erwarteten fortschreitenden wirtschaftlichen Belebung in den kommenden Jahren verstärkt voranzutreiben. Konsolidierungsmaßnahmen müssen vor allem bei den in der Vergangenheit besonders dynamisch gewachsenen Ausgabenbereichen wie öffentlicher Dienst und Sozialtransfers, aber auch bei Subventionen ansetzen. Das Konzept zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sollte folgende Kriterien erfüllen:

- Die Konsolidierung soll insbesondere durch eine wirksame und dauerhafte Begrenzung der Ausgabenentwicklung erfolgen, nicht durch eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Abgaben- und Steuerbelastung.
- Konsumtive Ausgaben müssen eingeschränkt werden, damit die Finanzierung von beschäftigungs- und investitionsfördernden Maßnahmen gesichert wird.
- Die Haushaltskonsolidierung ist bei Bund, Ländern und Gemeinden (GV) erforderlich. Die Konsolidierung auf einer Ebene darf nicht überproportional zu Lasten der anderen Haushaltsebenen gehen.
- Zur Konsolidierung des öffentlichen Gesamthaushalts gehören gleichgerichtete Konsolidierungsmaßnahmen bei den sozialen Sicherungssystemen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- 24./26. 5. **CDU Bund**
31. Bundesparteitag,
Köln/Messe Halle 8
24. 5. **CDA Bund**
Bundesvorstand, Köln
27. 5. **CDA Hessen**
Landesvorstand, Kassel
27. 5. **LV Westfalen-Lippe**
Geschäftsst. Landesvorstand und
Landesvorstand, Dortmund
- 27./28. 5. **MIT**
Generalversammlung Europäische
Mittelstands-Union, München
27. 5. **LV Bremen**
Landesvorstand, Bremen
28. 5. **Frauenvereinigung Saar**
Landesdelegiertentag,
Saarbrücken
28. 5. **CDA Niedersachsen**
Landestagung, Lingen
28. 5. **CDA Hessen**
Landestagung, Kassel
28. 5. **LV Bremen**
Landesparteitag, Bremen
30. 5. **Frauenvereinigung**
Baden-Württemberg
Landesvorstand, Stuttgart

31. 5. **LV Hessen**
Landesvorstand, Lauterbach
3. 6. **LV Baden-Württemberg**
Landesvorstand, Leimen/St. Ilgen
3. 6. **LV Berlin**
Landesvorstand mit MdB,
Landesausschuß, Berlin
4. 6. **LV Saar**
Landesparteitag, Saarbrücken
4. 6. **Frauenvereinigung Hessen**
Hauptausschuß, Hattersheim
4. 6. **Schüler-Union Hessen**
17. Landestag, Friedberg
9. 6. **Junge Union Saar**
Podium zum Thema
„Menschenrechte“,
Saarbrücken, Landtag
9. 6. **Junge Union Niedersachsen**
Landesvorstand, Hannover
- 10./11. 6. **MIT Westfalen-Lippe**
Landesmittelstandstag, Herne
- 10./11. 6. **LV Baden-Württemberg**
18. Landesparteitag,
Leimen/St. Ilgen
10. 6. **LV Baden-Württemberg**
Landesvorstand,
Leimen/St. Ilgen
- 10./11. 6. **CDA Bund**
Vorstand, Hannover
11. 6. **MIT LV Saar**
Landesmittelstandstag,
Saarbrücken/Saarlandhalle

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlegerleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.